

Prof. Dr. Gisela Färber

Die Sozialpolitik im Spannungsverhältnis mit der Sozialverwaltung

Vortrag im Rahmen der Tagung
„60 Jahre Sozialer Fortschritt“
am 16.6.2011 in Berlin

Gliederung

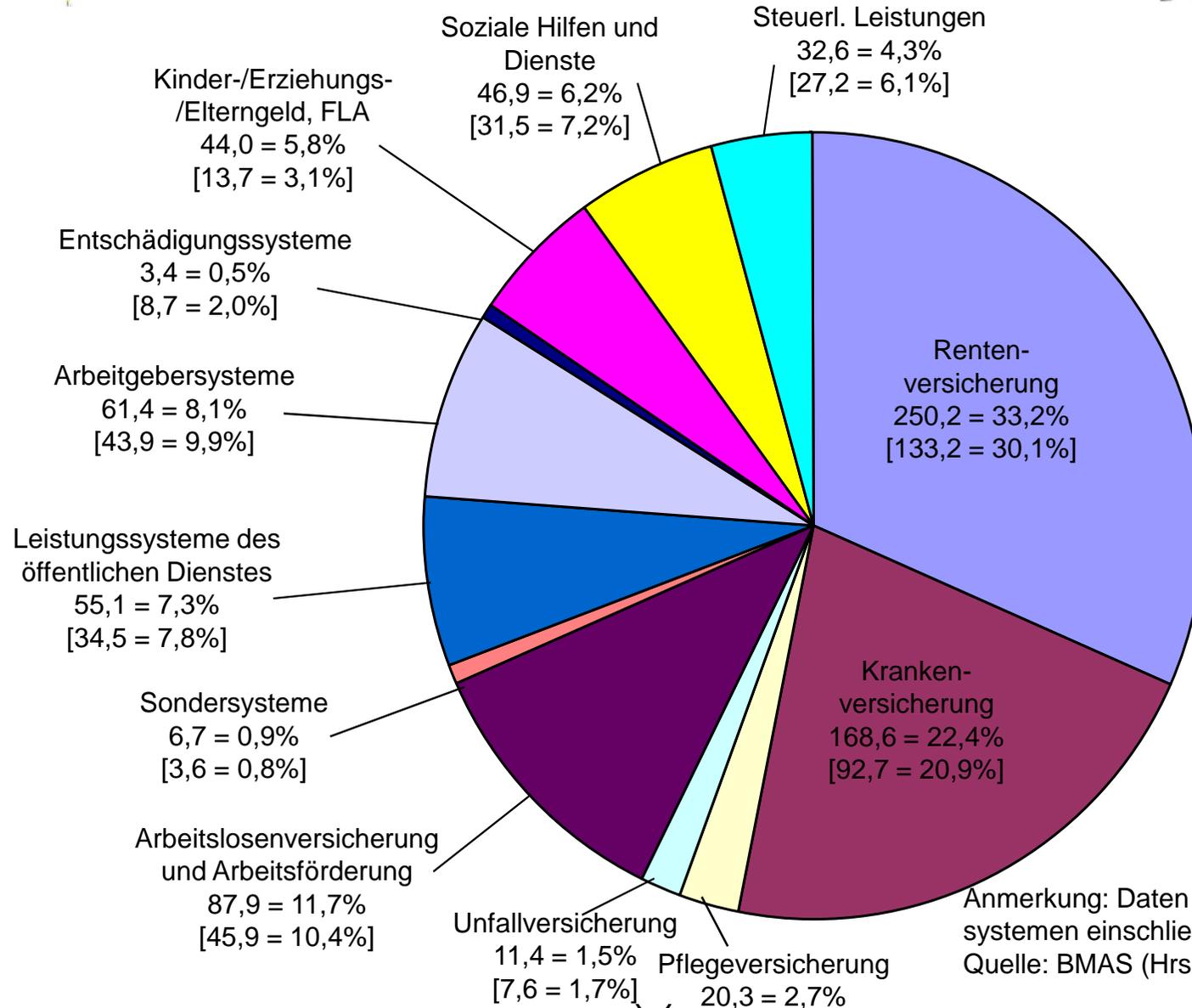
1. Einleitung
2. Sozialbudget, Sozialverwaltung, Institutionen
 - 1) Das Sozialbudget nach Ressortbereichen
 - 2) Sozialausgaben und Sozialverwaltung
3. Akteure und Verantwortlichkeiten im deutschen Föderalismus
 - 1) Trennung von Gesetzgebung und Vollzug
 - 2) Sozialausgabenüberlastung der Kommunen
4. Die Bürokratiekosten des Sozialstaats
 - 1) Bürokratiekosten durch Sozialgesetzgebung
 - 2) Bürokratieabbau seit 2006
 - 3) Projekte zur Minderung der Bürokratie im Sozialbereich
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

2. Sozialbudget, Sozialausgaben und Sozialverwaltung, Institutionen

1. Das Sozialbudget nach Ressortbereichen

- **2009: 754 Mrd. Euro = 31,3% des BIP**
- **BMAS:** Rente, Arbeitsförderung, Unfallversicherung 45,4%, Grundsicherung für Arbeitssuchende 5,8%, Sozialhilfe 3,1%
- **BMG:** Krankenversicherung, Pflege 25%
- **BMI:** Systeme des öffentlichen Dienstes 7%
- **BMF:** Familienleistungsausgleich 5% und steuerliche Leistungen 4,1%
- **BMFJSJ :** Elterngeld, Kinder- und Jugendhilfe 3,2%
- **BMFT:** Ausbildungs- und Aufstiegsförderung 0,3%
- **BMBVS:** Wohngeld 0,2%
- *Arbeitgeberleistungen 7,8%*

Sozialbudget 2009 nach Institutionen (in Mrd. Euro)



Sozialbudget 2009
insgesamt
753,9 Mrd. Euro
= 31,3 % des BIP

[in Klammern: Werte für 1991]

Anmerkung: Daten zu Sozialversicherungssystemen einschließlich der Beiträge des Bundes
Quelle: BMAS (Hrsg.): Sozialbudget 2009. 9

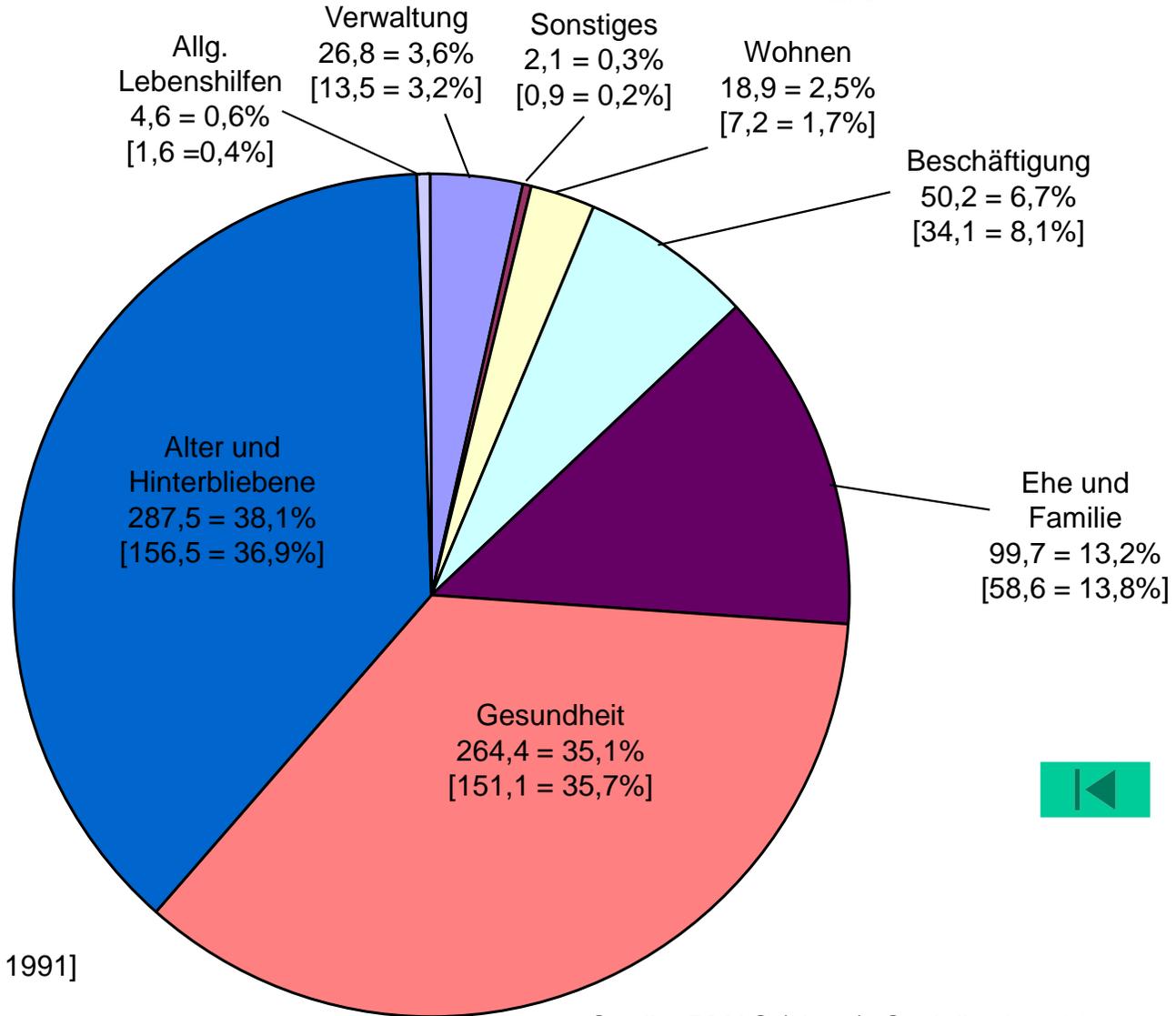
2. Sozialausgaben und Sozialverwaltung



- Verwaltungskosten Sozialbudget 2009: 26,8 Mrd. Euro = 3,8%
- 2007 (Rechnungsergebnisse): 23 Mrd. Personalausgaben, davon
 - 192 Mio. Euro Bund
 - 13,6 Mrd. Euro Sozialversicherungen,
 - 1 Mrd. Euro Länder
 - 8,2 Mrd. Euro Gemeinden und GV
- Nicht einbezogen: Kosten der Finanzverwaltung
- Kosten der privatisierten Einrichtungen (insb. Krankenhäuser etc.)
- Bürokratiekosten von Arbeitgebern, Zuwendungsempfängern und Empfängern sozialer Leistungen
- Reine Verwaltungskosten im Vergleich zu "bewegten Summen" vergleichsweise bescheiden

Sozialbudget 2009 nach Funktionen (in Mrd. Euro)

Sozialbudget 2009
insgesamt
753,9 Mrd. Euro
= 31,3 % des BIP



[in Klammern: Werte für 1991]

Quelle: BMAS (Hrsg.): Sozialbudget 2009.



3. Akteure und Verantwortlichkeiten im deutschen Föderalismus

1) Trennung von Gesetzgebung und Vollzug auch in der Sozialverwaltung

- Exekutivföderalismus in Deutschland
- Bund dominiert die Gesetzgebung,
- Schaffung neuer Sozialleistungen in der Phase des „Juliusturms“ in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts
- Bund hat praktisch keine eigene Verwaltung,
Ausnahme: mittelbare Verwaltung durch Sozialversicherungen
 - Besondere Gestaltungsform: Selbstverwaltung, Steuerungsgremien mit Tarifpartnern
 - Kindergeldverwaltung durch Arbeitsämter bis 1996
- Kommunen vollziehen das Gros der übrigen Sozialleistungen
 - insb. kreisfreie Städte und Landkreise
 - Konnexitätsprinzip bewirkte Ausgabenbelastung der Kommunen

2. Sozialausgabenüberlastung der Kommunen

- Kommunen verwalten viele Sozialgesetze des Bundes
- tragen die Verwaltungskosten und die Sozialtransfers soweit nicht Geldleistungsgesetze (Wohngeld) oder Bundesauftragsverwaltung (Elterngeld!)
- Selbstfinanzierte Sozialleistungen der Kommunen „laufen aus dem Ruder“

Mrd. Euro	Jugendhilfe	Sozialhilfe	Eingliederungshilfe Behinderte	Grundsicherung Alter + Erwerbsmdg.	Hilfe zur Pflege	Hilfe zum Lebensunterhalt
2005	8,7	17,6	10,1	2,8	2,6	0,6
2006	9,7	18,1	10,5	3,1	2,5	0,7
2007	9,3	18,8	10,6	3,5	2,7	0,8
2008	9,5	19,8	11,2	3,7	2,8	0,9
2009	10,21					



- Durchgriffsverbot des Bundes auf Kommunen in Art. 84 Abs. 5 GG seit Föderalismusreform I
- Gilt nicht für „alte Aufgaben“
- verlagert Problem auf die Länderhaushalte
- Gemeindefinanzreformkommission: Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund
- mindert die „Verschiebemöglichkeiten“ der Sozialpolitik des Bundes auf die kommunalen Haushalte





4. Die Bürokratiekosten des Sozialstaats

- Projekt der Bundesregierung zum Bürokratieabbau seit 2006
- Informationspflichten der Wirtschaft, von Bürgerinnen und Bürgern und von Verwaltungen
- Soziale Sicherung erfordert viel Mitwirkung der Empfänger einerseits, aber auch der Arbeitgeber, da D ein beschäftigungszentriertes soziales Sicherungssystem hat
- Messung der Kosten für IPs mit dem Standard-Kosten-Modell (SKM) auf Basis 2006
- Abbauziel: 25% netto bis Ende 2011
- Einsetzung des unabhängigen Nationalen Normankontrollrats (NKR), der
 - Regierung unterstützt und berät
 - neue Regelungsvorhaben auf Quantifizierung der Bürokratiekosten prüft und auf geringst mögliche Belastung
- Beginn mit Bestandsmessung der Wirtschaft
- Im Bereich BürgerInnen zielführende Projekte

2) Bürokratieabbau seit 2006

2006	IPs	Belastung der Wirtschaft in Mio. Euro*	davon: national verursacht	international verursacht
Gesamt	9.199	47.661,2	22.544,5	25.116,7
BMI	514	1.455,9	490,8	965,1
BMJ	325	13.545,4	5.783,6	7.761,8
BMF	3.169	21.677,9	9.084,5	12.593,4
BMWi	1391	2.657,7	1.345,8	1.311,9
BMAS	440	2.780,5	2.628,6	151,9
BMELV	872	419,2	78,8	340,4
BMVg	9	0,4	0,4	0,0
BMFSFJ	56	81,0	81,0	0,0
BMG	474	3.028,2	1.842,1	1.186,1
BMVBS	962	451,5	408,6	42,9
BMU	935	1.515,3	752,2	763,1
BMBF	30	32,3	32,3	0,0
sonstige	22	15,9	15,9	0,0

* Meßstand Ende 2010



	Belastung der Wirtschaft	Entlastung bis Ende 2011	
Gesamt	49.998,0	11.273,5	-22,5%
BMI	1.455,9	168,7	-11,6%
BMJ	13.545,4	2.531,5	-18,7%
BMF	21.677,9	5.611,1	-25,9%
BMWi	2.657,7	212,2	-8,0%
BMAS	2.780,5	1853,4	-66,7%
BMELV	419,2	134,4	-32,1%
BMVg	0,4	0,1	-25,0%
BMFSFJ	81,0	0,9	-1,1%
BMG	3.028,2	232,1	-7,7%
BMVBS	451,5	27,4	-6,1%
BMU	1.515,3	516,5	-34,1%
BMBF	32,3	4,9	-15,2%
sonstige	15,9	0,1	-0,6%

Abbauerfolg vor allem im BMAS

- Einführung elektronischer Meldeverfahren der Arbeitgeber: rd. 890 Mio. Euro
- Einführung einer Bagatellgrenze bei der Nettoberechnung nach § 23c SGB IV: 32 Mio. Euro
- Einführung einer Vereinfachungsregelung bei monatlich stark abweichenden Entgelten: 650 Mio. Euro
- Einheitlicher Zeitpunkt der Abgabe des Beitragsnachweises: 96 Mio. Euro
- Wegfall des Lohnnachweises Unfallversicherung: 50 Mio. Euro
- Einführung eines elektronischen Entgeltnachweises (ELENA): 75 Mio. Euro
- Übertragung der Lohnsummenprüfung f. d. Unfallversicherung auf die Betriebsprüfung d. Rentenversicherung: 22,8 Mio. Euro
- BMG: Neufassung des § 2 Abs. 2 Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG): 22 Mio. Euro



3) Projekte zur Minderung der Bürokratie im Sozialbereich

- Projekte zu den Lebenslagen der BürgerInnen noch nicht abgeschlossen
- Gemeinsame Projekte im Bereich der Rechtsetzung der Sozialversicherungen
- Projekte „Einfacher zum ...“ Wohngeld, Elterngeld, BAföG unter Einschluss der Vollzugskosten
- ELENA als umstrittenes Projekt für Entgeltbescheinigungen der Arbeitgeber in der schwierigen Umsetzung
 - Elektronische Signatur ist extrem hohe Hürde
 - Beim Wohngeld muss ganze Familie zur Behörde!
 - Aufblähung der Datenlieferung von Seiten der Verwaltung
 - Politische Hindernisse der Einbeziehung von mehr Entgeltbescheinigungen
- Gemeinsame Einkommensbegriffe und –grenzen im Sozial- und im Einkommensteuerrecht

Neue Phase: Erfüllungskosten im ex ante-Verfahren

- Erweiterung der GFA auf Erfüllungsaufwand (Stichtag 1.7.2011)
- Erfüllungsaufwand umfasst auch materiellen Aufwand der Normadressaten sowie Verwaltungskosten, die derzeit nicht unter Haushaltsbelastungen gefasst werden
- Entwicklung einer Schätzmethode auf SKM-Basis
- Prüfaufgabe des NKR auf Erfüllungsaufwand erweitert
- Chancen für Kommunen, Transparenz bzgl. ihrer Belastungen zu erhalten („Föderalisierung“ der Daten bei Umsetzung in Landesrecht, Nacherhebungen bei Änderungen der Fallzahlen oder Standardaufwendungen über die Zeit)
- Forderung nach Ausweis auch der sog. Zweckausgaben mit SKM in Gesetzesentwürfen

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

- Deutschland verfügt über eine sehr effiziente und leistungsfähige Sozialverwaltung
- Anknüpfung vieler Sozialleistungen an Beschäftigungsverhältnis bewirkt auch kostengünstige Sozialverwaltung
- Belastungen der Kommunen durch Sozialleistungen außerhalb Beschäftigungsverhältnis
- Bürokratieabbau bei Wirtschaft im Bereich BMAS erfolgreich, BMG noch defizitär
- Umsetzungsprobleme auf dem Weg zur vollelektronischen Akte
- Effizienzpotentiale in der Verbindung zum Steuerrecht
- Neue Erkenntnisphase mit der Einführung des Erfüllungsaufwandes bei der GFA
- Probleme der deutschen Sozialpolitik liegen eher in ihrer Überzentralisierung einerseits und den Anreizproblemen andererseits, die der Gesetzgeber selbst schafft!
- QUOD ERAT DISCUTANDEM!